

Schwerpunkt Jahresinterview mit Erbprinz Alois

«Ich glaube nicht, dass es zu einer längerfristigen Spaltung der Gesellschaft kommen wird»

Interview Erbprinz Alois bittet mit Blick auf die Coronapandemie darum, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen. Die Ausweitung der Maskenpflicht erachtet das geschäftsführende Staatsoberhaupt ebenfalls für sinnvoll - auch für kleinere Kinder. Sein Rat: Auf diese Massnahme mit ausreichend Gelassenheit reagieren.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchläucht, leider steht auch bei diesem Jahresinterview wieder die Coronapandemie ganz oben auf der Fragenliste. Vor einem Jahr sagten Sie, dass wir nur noch einige Monate durchhalten müssten. Das hat sich leider nicht bewahrt. Wie sehen Sie die Situation heute?

Erbprinz Alois: Zunächst möchte ich anmerken, dass ich damals gesagt habe, die ersten Impfstoffe lassen zwar Hoffnung schöpfen, wir aber noch einige Monate durchhalten müssen, bevor wieder ein weitgehend normales Leben möglich sein wird. Ich habe aber auch immer darauf hingewiesen, dass wir aufgrund von Mutationen und mit Blick auf die Wirkung der Impfstoffe auch wieder in neue verschärfte Situationen geraten können. Das hat sich jetzt leider bewahrt und wir werden wahrscheinlich noch einige schwierige Monate vor uns haben.

Sie sagen es: Die Wirkung der Impfstoffe hat leider nachgelassen. Zwischenzeitlich ist auch in Liechtenstein das Boostern voll angelaufen. Haben Sie auch schon eine dritte Spritze erhalten? Ja. Ich habe die Booster-Impfung bereits bekommen.

Wie war es bei Ihnen: Haben Sie nach dem Booster Nebenwirkungen verspürt, wie etwa erhöhte Temperatur oder Gliederschmerzen? Glücklicherweise nicht. Meine Armmuskulatur an der Einstichstelle habe ich nach der zweiten und dritten Impfung am nächsten Tag noch gespürt. Das war aber auch alles.

Sind Sie von der Coronaimpfung überzeugt? Geimpfte, insbesondere diejenigen, die dreifach geimpft sind, haben weniger starke Erkrankungsverläufe. Die Ansteckung und Übertragung von Covid-19 ist zwar weiterhin möglich, aber auch geringer. Durch die Impfungen können wir uns daher nicht nur besser schützen, sondern auch zur Entlastung unseres Gesundheitssystems beitragen. In den meisten Fällen würde ich daher eine Impfung empfehlen - nicht zuletzt, weil die bei uns zugelassenen Coronaimpfstoffe inzwischen zu den besterprobten Impfstoffen überhaupt gehören. Die Risiken, sich nicht impfen zu lassen, sind wesentlich grösser als die Risiken der Impfung.

Zwischenzeitlich wurde 2G in Liechtenstein und eine Ausweitung der Maskenpflicht eingeführt, noch einige Tage vor der Schweiz. Sehen Sie dies als grosse Benachteiligung jener, die sich nicht impfen lassen wollen?

Da von den Geimpften eine geringere Belastung des Gesundheitssystems ausgeht, halte ich es für durchaus angemessen, dass für sie auch geringere Schutzmassnahmen gelten. Wir haben auch schon zuvor, je

nach Belastungsgefahr, die von unterschiedlichen Konstellationen für das Gesundheitswesen ausging, mehr oder weniger Schutzmassnahmen vorgesehen.

Die Ausweitung der Maskenpflicht finde ich sinnvoll, weil sie im Vergleich zu allen anderen Massnahmen sehr wenig einschränkt sowie günstig, wirkungsvoll und leicht umsetzbar ist. Ich begrüsse auch die Empfehlung für das Tragen von FFP2-Masken, weil diese nach neueren Studien um einiges besser schützen.

Auch, dass kleinere Kinder ab sechs Jahren eine Maske tragen müssen?

Da derzeit das Virus sehr stark bei den Kindern und Jugendlichen zirkuliert und von diesen wiederum an deren Eltern weitergegeben wird, kann das Tragen einer Maske auch in diesem Alter zur Entlastung des Gesundheitssystems beitragen. In Deutschland und Österreich ist dies schon seit einiger Zeit Vorschrift, und von meiner Verwandtschaft habe ich gehört, dass sich ihre kleineren Kinder weniger an der Maske gestört haben als die älteren. Dies mag vielleicht nicht repräsentativ sein, aber es zeigt mir, dass man auch auf diese Massnahme mit ausreichend Gelassenheit reagieren sollte.

«Von meiner Verwandtschaft habe ich gehört, dass sich ihre kleineren Kinder weniger an der Maske gestört haben als die älteren.»

Anfang Januar können sich in Liechtenstein dann auch Kinder ab fünf Jahren impfen lassen. Finden Sie das richtig? Ja. Auch wenn das Risiko für Kinder geringer ist, kann das Virus auch bei Kindern kritische Situationen verursachen. Ausserdem gibt es auch vorbelastete Kinder, für die eine Ansteckung gefährlich wäre. Inzwischen wurden vor allem in den USA Millionen Kinder geimpft, wobei keine schwerwiegenden Komplikationen bekannt geworden sind. Insgesamt dürfte es somit auch bei Kindern besser sein, dass sie sich impfen lassen.

Wie erklären Sie sich die tiefe Impfquote in Liechtenstein? Ich glaube, das ist nicht so sehr ein liechtensteinisches Spezifikum. Wenn wir unsere Nachbarstaaten Schweiz und Österreich anschauen, dann sind die Quoten fast identisch. Wahrscheinlich gibt es viele Gründe, warum sich im Alpenraum weniger Leute impfen liessen als etwa in den südlichen Staaten, wie etwa Italien, Spanien oder Portugal. Ein Grund ist wohl auch, dass andere Länder viel stärker durch die Pandemie getroffen wurden und sich infolge die Bevölkerung auch bereitwilliger impfen liess.

In diesen Zeiten wird wegen der Coronamassnahmen und der Impfung oft Besorgnis über die Spaltung der Gesellschaft in Liechtenstein geäussert - von beiden Seiten. Nehmen Sie das auch so wahr?



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein bittet die Bevölkerung, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen.

Wie stehen Sie zu einer Impfpflicht, wenn sich die Situation nicht verbessert?

Eine Impfpflicht wird uns nicht rasch weiterhelfen, weil man dazu erst die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen müsste. Ich halte es aber für sinnvoll, dass wir uns mit einer möglichen Regelung der Impfpflicht auseinandersetzen, damit wir wissen, ob dies eine geeignete Vorgehensweise ist und - wenn ja - wie wir am besten vorgehen, falls wir die Situation nicht anders in den Griff bekommen.

Können Sie nachvollziehen, warum sich nicht jeder impfen lassen will?

Beim Austausch mit ungeimpften Personen habe ich festgestellt, dass es eine Vielzahl an Argumenten gegen eine Impfung gibt. Einige Gründe finde ich nachvollziehbar und es gibt natürlich auch Situationen, in denen man sich nicht impfen lassen sollte. Andere Argumente kann ich weniger nachvollziehen und zum Teil auch gar nicht - vor allem, wenn es um obskure Verschwörungstheorien geht.

Wie erklären Sie sich die tiefe Impfquote in Liechtenstein?

Ich glaube, das ist nicht so sehr ein liechtensteinisches Spezifikum. Wenn wir unsere Nachbarstaaten Schweiz und Österreich anschauen, dann sind die Quoten fast identisch. Wahrscheinlich gibt es viele Gründe, warum sich im Alpenraum weniger Leute impfen liessen als etwa in den südlichen Staaten, wie etwa Italien, Spanien oder Portugal. Ein Grund ist wohl auch, dass andere Länder viel stärker durch die Pandemie getroffen wurden und sich infolge die Bevölkerung auch bereitwilliger impfen liess.

In diesen Zeiten wird wegen der Coronamassnahmen und der Impfung oft Besorgnis über die Spaltung der Gesellschaft in Liechtenstein geäussert - von beiden Seiten. Nehmen Sie das auch so wahr?

Die Coronamassnahmen und die Impfung sind nicht nur in Liechtenstein heiss diskutierte Themen. Ich glaube aber nicht, dass es dadurch zu einer längerfristigen Spaltung der

«Ich halte die Diskussionskultur auf den sozialen Medien für gefährlich.»

Gesellschaft kommen wird. Irgendwann wird nämlich die Pandemie zu Ende sein und damit auch diese Themen an Bedeutung verlieren. Viel bedrohlicher halte ich Spaltungen der Gesellschaft zu Themen, die auf die lange Frist kontrovers bleiben.

Wie beurteilen Sie die Corona-Diskussionskultur mit Blick auf die sozialen Medien?

Ich halte die Diskussionskultur auf den sozialen Medien für gefährlich: Immer mehr Diskussionen werden dort viel zu einseitig geführt - auch wegen der entsprechenden Algorithmen. Das bestärkt die Tendenzen in Richtung Radikalisierung. In den USA ist das schon früher und auch zu anderen Themen stark zu spüren gewesen. Eine solche Entwicklung sollten wir vermeiden.

Wie ist es eigentlich im Fürstenhaus: Gibt es da auch unterschiedliche Meinungen in Sachen Coronamassnahmen und Impfung?

Das Fürstenhaus hat über 120 Mitglieder. Da gibt es auch unterschiedliche Meinungen.

Mit Blick auf die genannte Spaltung werden auch die Rufe nach gegenseitiger Rücksichtnahme lauter. Wie bewerten Sie diesbezüglich die Arbeit der Regierung bei der Bewältigung der Pandemie: Wäre es nicht angesagt, knallhart durchzugreifen, schliesslich befinden wir uns in einer Krise?

Weltweit sind die Regierungen und deren Verwaltungen durch die Pandemie extrem gefordert. In solchen Situationen wird man im Nachhinein immer Bereiche finden, die man besser hätte machen können. Insgesamt ist mein Eindruck, dass die frühere wie die neue Regierung ihre Aufgabe gut gemacht haben. Nicht zu vergessen ist, dass unsere Regierungen aufgrund des Zollvertrags und der sehr engen Integration unseres Gesundheitssystems mit der Schweiz auch nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum hatten.

«Die Bevölkerung hat in der Pandemie viel Geduld und viel Disziplin gezeigt.»

Wir bei der Umsetzung des Regierungsprogrammes im kommenden Jahr bereits erste Erfolge erzielen können und wir aktuelle Herausforderungen wie die Pandemie gut bewältigen.

Welche Botschaft möchten Sie der Bevölkerung in Sachen Coronapandemie mitgeben?

Zunächst möchte ich der Bevölkerung sehr danken, dass sie in dieser Pandemie viel Geduld gezeigt hat und sich insgesamt mit viel Disziplin an die notwendigen Massnahmen gehalten hat. An dieser Stelle möchte ich auch all jenen Danke sagen, die in der Krise Aussergewöhnliches geleistet haben. Gleichzeitig möchte ich darum bitten, in den schwierigen Wintermonaten weiter durchzuhalten und sich, wenn möglich, impfen zu lassen.

Lassen wir die Pandemie nun hinter uns. Im August ist I.D. Landesfürstin

Erbprinz Alois sieht positiv nach vorn: Liechtenstein kann den Herausforderungen der Zukunft aus einer sehr guten Position begegnen.



Marie von uns gegangen und hat nach siebentägiger Staatstrauer in der Fürstlichen Gruft ihre letzte Ruhestätte gefunden. Was hat Ihnen die grosse Anteilnahme im In- und Ausland bedeutet?

Die Anteilnahme hat mich sehr bewegt. Ich möchte diese Gelegenheit gerne nutzen, um allen, denen ich nicht schon persönlich danken konnte, ein grosses Dankeschön auszusprechen.

Wie haben Sie den Start der neuen Legislatur aus politischer Sicht wahrgenommen?

Das Jahr 2021 war sehr stark durch die Pandemie geprägt und wir haben viele neue Mitglieder im Landtag, die sich erst noch einarbeiten mussten. Daher lässt sich über die neue Legislaturperiode aus meiner Sicht noch nicht sehr viel sagen.

Ende Januar wird der Landtag durch Sie wieder eröffnet. Was erhoffen Sie sich für dieses Jahr vom Parlament?

Ich hoffe, dass Landtag und Regierung gut zusammenarbeiten, damit wir bei der Umsetzung des Regierungsprogrammes im kommenden Jahr bereits erste Erfolge erzielen können und wir aktuelle Herausforderungen wie die Pandemie gut bewältigen.

Hatten Sie als geschäftsführendes Staatsoberhaupt eigentlich Einfluss auf das Regierungsprogramm?

Mit den Mitgliedern der Regierung pflege ich einen regelmässigen Austausch zu vielen Themen, auf die sich auch das Regierungsprogramm bezieht. Zusätzlich konnte ich mit dem Regierungschef den Entwurf des Regierungsprogrammes besprechen.

Dann sind Sie mit dem Regierungsprogramm sicherlich zufrieden?

Meiner Ansicht nach spricht es die wichtigsten Themen an, denen wir uns in dieser Legislaturperiode widmen sollten. Dazu gehört auch der Gedanke der Nachhaltigkeit, der im Regierungsprogramm breit angesprochen wird - also nicht nur im ökologischen, sondern auch ökonomischen und sozialen Sinn.



Viele können den Begriff «Nachhaltigkeit» nicht mehr hören. Was verstehen Sie darunter?

Unter Nachhaltigkeit verstehe ich, die Welt so zu hinterlassen, dass zukünftige Generationen mindestens die gleichen Möglichkeiten haben, wie die heute lebenden. Nachhaltigkeit ist zwar momentan auch ein überbeanspruchtes Modewort, es ist aber eigentlich ein alter Grundsatz, auf den gerade unser Land immer Wert gelegt hat. So waren uns ökonomische Nachhaltigkeit im Sinne von einem ausgeglichenen Staatshaushalt, eine soziale Nachhaltigkeit im Sinne einer gut integrierten Gesellschaft und eine ökologische Nachhaltigkeit im Sinne einer attraktiven Landschaft schon lange wichtig. In den letzten Jahren hat die Beschäftigung mit der ökologischen Nachhaltigkeit an Bedeutung zugenommen, weil vor allem aufgrund der technologischen Entwicklung die Umwelt gelitten hat, so z. B. durch den Schadstoffausstoss und den Verlust an Biodiversität. Langfristig können wir nur nachhaltig sein, wenn ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit miteinander in Einklang sind.

Was kann jeder Einzelne im Sinne der Nachhaltigkeit tun und leben Sie das auch in der Fürstenfamilie?

Nachhaltigkeit kann ein jeder bei vielen Entscheidungen des täglichen Lebens sein - bei der Herstellung oder beim Kauf von Produkten, bei der Wahl der Verkehrsmittel bis hin zur philanthropischen Tätigkeit. Persönlich versuche ich, vor allem beim Einkaufen und bei der Ernährung auf nachhaltige Produkte zu achten. Ausserdem legt meine Familie im Rahmen unserer unternehmerischen und philanthropischen Tätigkeiten auf Nachhaltigkeit Wert, was ich sehr unterstütze.

In den vergangenen Jahren sprachen Sie sich immer wieder für Reformen in der Altersversorgung und Altenpflege aus. Wie zuversichtlich sind Sie, dass es in dieser Legislatur vorwärtsgen wird?

Mein Eindruck ist, dass sich sowohl der Landtag als auch die Regierung

diesen beiden Themen in dieser Legislaturperiode mit einem besonderen Fokus widmen wollen. Auch bei den Gemeinden, der Wirtschaft und der breiten Bevölkerung sind dies wichtige Themen. Daher bin ich zuversichtlich, dass in dieser Legislaturperiode etwas vorwärtsgen wird.

Was ist Ihnen mit Blick auf das Älterwerden in Liechtenstein besonders wichtig?

Besonders wichtig wäre es aus meiner Sicht, dass wir eine breitgetragene Strategie entwerfen, wie wir auch auf lange Frist in Liechtenstein in jedem Alter eine hohe Lebensqualität bieten können. Ein solcher Orientierungsrahmen könnte uns im Hinblick auf die grossen demografischen Herausforderungen sehr nützlich sein.

In Sachen verbesserte Lebensqualität im Alter: Finden Sie, dass Rentenerhöhungen eine Berechtigung haben?

Eine allgemeine Erhöhung der Renten mit der Giesskanne halte ich für nicht sinnvoll. In gewissen Fällen könnte es aber vielleicht angemessen sein, Renten zu erhöhen. Um Rentenerhöhungen möglichst zielgenau dort vorzunehmen, wo sie auch angebracht sind, wäre es wichtig, die notwendigen Informationsgrundlagen zu haben. Ich hoffe, dass uns der Armutsbericht hierzu weiterhelfen kann, der ja bald erscheinen soll.

Die Politik misst auch dem Klimaschutz grosse Priorität zu: Ist Liechtenstein hier auf dem richtigen Weg, oder könnte man noch entschlossener vorgehen?

Liechtenstein hat seit 1990, dem Referenzjahr in der Klimadiskussionen, den Emissionsausstoss senken können - trotz erheblichem Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum. Wir könnten und sollten aber noch mehr tun. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Energiesparen, bei der Mobilität oder bei der Landwirtschaftspolitik. Der Staat sollte aber bei Regulierungen und Subventionen in diesen Bereichen Zurückhaltung üben und diese hinsichtlich ih-

rer Anreizwirkungen genau überlegen. Ansonsten ist die Gefahr gross, dass viele gute Initiativen von privater Seite in die falsche Richtung gelenkt oder gar abgewürgt werden. Dies wäre schade, weil in jüngster Zeit nicht nur ökologische Interessensgruppen, sondern viele aus der Wirtschaft und der breiten Bevölkerung zur Reduktion des Emissionsausstosses beitragen wollen.

Sie waren im November am Klimagipfel in Glasgow. Wie fiel Ihr Fazit aus?

Einerseits war ein gewisser Pessimismus zu spüren, auch wegen der schwierigen geopolitischen Situation. So waren einige der grössten CO₂-Emittenten gar nicht auf höchster Ebene anwesend. Andererseits konnten sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf internationaler Ebene über Massnahmen betreffend den Klimawandel austauschen und es wurden verschiedene Initiativen speziell auf den Klimagipfel hin vorbereitet. Auch wenn dies nicht die grossen, alle Probleme lösenden Schritte sind und wir weitere Klimagipfel benötigen, darf man nicht unterschätzen, was dies mittelfristig doch bewirken kann. Daher fand ich den Klimagipfel insgesamt positiv.

Der zunehmende Verkehr beschäftigt das Land. Derzeit gibt es erste Konzepte, diesen unterirdisch in den Griff zu bekommen. Sind Ihnen die entsprechenden Pläne bekannt und was halten Sie davon?

Ja. Die Pläne sind mir bekannt. Ich glaube, dass der Ansatz, ein langfristig orientiertes Raum- und Verkehrskonzept auf überparteilichem Weg und breitem Einbezug der Bevölkerung zu erarbeiten, richtig und wichtig ist. Die Stossrichtung begrüsse ich sehr.

Wie bewerten Sie die derzeitige Casino-Situation: Sind nach den ersten Massnahmen der Regierung noch weitere nötig, um die Zahl der Spielbanken im Fürstentum einzudämmen oder soll man den Markt nun einfach spielen lassen?

Ich denke, es ist noch zu früh, um sich ein Bild machen zu können, ob die gesetzten Massnahmen schon wirken.

Der Staatsgerichtshof hat klargestellt, dass ein Verbot der Stiefkindadoption für eingetragene Partner gegen Verfassung und Menschenrechte verstösst. Ihr Vater, der Landesfürst, sprach sich dagegen aus. Wie stehen Sie dazu und kommt ein Veto des Fürstenhauses tatsächlich infrage?

Mein Vater hat sich nicht gegen die Stiefkind-, sondern die Fremdkindadoption ausgesprochen. Aus meiner Sicht sollte bei jeglichen Adoptionen das Kindeswohl im Vordergrund stehen, weil die Kinder in diesen Situationen die Schwächsten sind und daher ihre Interessen am wenigsten zur Geltung bringen können.

Zu einer Sanktion eines Gesetzes äussere ich mich grundsätzlich immer erst dann, wenn ein konkreter Gesetzesentwurf vorliegt.

Ein anderes Staatsgerichtshofurteil hat für eine steuerliche Diskriminierung von 40 Prozent der Bevölkerung mit Blick auf den Gemeindesteuerzuschlag geführt. Finden Sie es richtig, dass hier gegengesteuert wird?

Das Staatsgerichtshofurteil hat zu einer Situation geführt, die meiner Ansicht nach nicht ganz zu Unrecht als unbefriedigend wahrgenommen wurde. Eine Vereinheitlichung der Höhe der Gemeindesteuern schränkt jedoch die Gestaltungsspielräume der Gemeinden ein, was ich grundsätzlich nicht für sinnvoll erachte. Auf internationaler Ebene kritisieren wir solche Versuche einer Steuerharmonisierung bzw. Mindeststeuer. Es ist schwierig, hierzu eine befriedigende Lösung zu finden, zumal der Gestaltungsspielraum des Gemeindesteuerzuschlages nicht gross ist.

Wie dringend ist die Anpassung des Finanzausgleichs: Sollten das Land oder andere Gemeinden mehr von den reichen Gemeinden profitieren dürfen?

Eine Anpassung des Finanzausgleichs halte ich für angebracht. Es gab ja schon in der letzten Legislaturperiode entsprechende Versuche, die leider gescheitert sind. Zur Frage, ob nun das Land oder die nicht so finanzstarken Gemeinden profitieren sollten: Wenn man anschaut, welche Aufgaben für das Land neu hinzugekommen sind und noch werden, dürfte das Land finanziell stärker gefordert sein - so werden wir z. B. die demnächst nötige Finanzierung der Betreuung der Kinder im ersten Lebensjahr wohl eher auf Landesebene als auf Gemeindeebene ansiedeln.

Werfen wir am Ende noch kurz einen Blick auf die Nachbarländer:

«Aus meiner Sicht sollte bei jeglichen Adoptionen das Kindeswohl im Vordergrund stehen.»

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Schweiz und die EU sich nach dem gescheiterten Rahmenabkommen wieder annähern und wie gross wäre das Problem für Liechtenstein, wenn dies nicht rasch geschieht?

Sowohl die Schweiz als auch die EU haben grundsätzlich Interesse an guten bilateralen Abkommen. Auf lange Frist bin ich daher zuversichtlich, dass sich beide wieder annähern. Weniger zuversichtlich bin ich, dass dies rasch geschieht. Das kann für uns dann zu Problemen führen, wenn sich die Regelungen in der Schweiz und im EWR immer mehr unterscheiden. Diese Zeitkomponente beobachte ich schon mit einer gewissen Sorge.

In Österreich hat gerade der sechste Kanzler innerhalb von fünf Jahren sein Amt angetreten. Wie nehmen Sie diese Rochaden wahr?

Österreich hatte seit dem Zweiten Weltkrieg über viele Jahrzehnte eigentlich ein sehr stabiles politisches Umfeld. So viele Regierungswechsel in kurzer Abfolge sind für Österreich ungewöhnlich und ich hoffe, dass nun wieder ein normaler Rhythmus einkehren wird. Letztlich ist es auch für uns als Nachbarstaat eine Herausforderung, wenn sich unsere Regierungsmitglieder ständig auf neue Gesprächspartner einstellen müssen.

In Deutschland war es mit Angela Merkel (CDU) 16 Jahre stabiler denn je. Nun ist Olaf Scholz (SPD) neuer Kanzler, mit der Ampel-Koalition im Rücken. Wird es Veränderungen der Beziehungen zwischen unseren Ländern geben?

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch mit der neuen deutschen Regierung gut zusammenarbeiten werden. Unsere beiden Regierungen haben sich für die aktuelle Legislaturperiode ausserdem jeweils das Thema Nachhaltigkeit als besonderen Fokus ausgewählt. Natürlich sind die Schwerpunkte dabei unterschiedlich, aber es gibt gerade auch in diesem Bereich viel Gemeinsames.

Mit welchem Gefühl blicken Sie auf das neue Jahr und welche Herausforderungen warten auf Liechtenstein im geopolitischen Umfeld?

Aufgrund der Pandemie selbst und ihrer Folgewirkungen auf die Wirtschaft, wie z. B. die Probleme mit den Lieferketten, erwarte ich ein eher schwieriges neues Jahr. Das geopolitische Umfeld dürfte auch nicht einfacher werden. Ich hoffe, dass sich daraus nicht neue Probleme, wie ein zunehmender Protektionismus oder Flüchtlingskrisen ergeben. Zum Glück können wir diesen Herausforderungen jedoch von einer sehr guten Position aus begegnen.

«Den Klimagipfel fand ich insgesamt positiv.»



Für die Fotos wurden die FFP2-Masken kurz auf die Seite gelegt: Erbprinz Alois und Hannes Matt von der «Volksblatt»-Chefredaktion. (Fotos: Paul Trummer)